

DGB: Überalterung der südwestsächsischen Region als Folge der katastrophalen Entwicklung des Arbeitsmarktes

Zur Diskussion um die Überalterung der südwestsächsischen Region erklärt die Vorsitzende der DGB-Region Südwestsachsen, Sabine Zimmermann:

„Zunächst gilt es einmal fest zu stellen, dass ein höheres Lebensalter grundsätzlich nichts Negatives oder ein Makel wäre, wie es in der Berichterstattung über die Eurostat-Studie den Eindruck erweckt. Das die Bevölkerung in der Region, bedingt durch den enormen Verlust an Einwohnern im Regierungsbezirk Chemnitz, immer weiter altert, kann auch nicht weiter überraschen, vielmehr ist es die logische Konsequenz aus einer nicht arbeitnehmerorientierten Wirtschafts- und Ansiedlungspolitik der letzten 2 Jahrzehnte. Wichtig ist, dass aus solchen Studien endlich die richtigen Schlüsse gezogen werden und umgesteuert wird.“

Von 1992 bis 2008 hat die südwestsächsische Region (Regierungsbezirk Chemnitz) über 174.000 Einwohner verloren, ein Rückgang von gut 10 Prozent. Allein in der Stadt Chemnitz ging die Bevölkerung um knapp 40.000 zurück und ist mit einem Einwohnerverlust von 14 Prozent überproportional stark betroffen.

Ein entscheidender Faktor für diesen hohen Bevölkerungsverlust liegt nach Ansicht des DGB im starken Rückgang der Arbeitsplätze in der Region. Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse in Südwestsachsen hat von 1992 bis 2008 um rund 18 Prozent abgenommen. Über 110.000 Arbeitsplätze sind von der Bildfläche verschwunden. In Chemnitz musste man einen Beschäftigungsverlust von fast 40 Prozent hinnehmen (1992: 171.693 2008: 106.866). Die logische Folge dieser fehlenden Perspektive war die massive Abwanderung, vor allem junger und gut qualifizierter Facharbeiter, insbesondere in die alten Bundesländer. Verschärfend kommt dazu, dass vor allem junge Frauen eher bereit waren und sind, die Region zu verlassen, natürlich nicht ohne Folge auf die Geburtenrate.

Flankiert wird die prekäre Situation am Arbeitsmarkt zusätzlich von einer Niedriglohnpolitik bei der Ansiedlung von neuen Unternehmen, die von den verantwortlichen Politikern und den Wirtschaftsförderungsgesellschaften seit Jahren betrieben wurde und immer noch wird. So wirbt die Chemnitzer Wirtschaftsförderungs- und Entwicklungsgesellschaft in ihrem Internetauftritt mit den niedrigen Arbeitslöhnen in Chemnitz im nationalen und internationalen Vergleich und weist darauf hin, dass lediglich 20 Prozent der Chemnitzer Unternehmen tarifgebunden seien. Aber auch beispielsweise der Vogtlandkreis wirbt mit diesem Argument.

„Vor dem Hintergrund der beschriebenen Entwicklung erscheint es nur logisch, wenn sich die Bürgerinnen und Bürger Perspektiven außerhalb der Region suchen. Der Schlüssel für eine ausgewogene Altersstruktur der

Bevölkerung ist und bleibt ein funktionierender Arbeitsmarkt. Und hier müssen weiterhin alle Anstrengungen unternommen werden. Vor allem muss endlich Schluss damit sein, dass Unternehmen, die ihre Beschäftigten schlecht entlohnen, hofiert und gefördert werden. Dies kann kein zukunftsweisendes Konzept sein. Es muss endlich ein Umdenken statt finden“, meint die Gewerkschafterin Zimmermann.

Wir bitten um Veröffentlichung.

Sabine Zimmermann
Regionsvorsitzende, MdB